

# **Verwesentlichung und Flexibilisierung der kantonalen Gesetzgebung; Änderung der Kantonsverfassung und von Gesetzen**

(Erlassen von der Landsgemeinde am ..... Mai 2014)

I.

Die Kantonsverfassung und das Gesetzesrecht werden wie folgt geändert:

**Ziffer 1**

**GS I A/1/1**

## **Verfassung des Kantons Glarus vom 1. Mai 1988**

### **Art. 18 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Kanton, Gemeinden und weitere Träger öffentlicher Aufgaben haften für den Schaden, den die für sie tätigen Personen durch eine Amtshandlung rechtswidrig verursacht haben. Das Gesetz regelt die Einzelheiten, namentlich die Ausdehnung der Haftpflicht, die Anwendbarkeit anderweitiger Haftungsnormen und den Rückgriff auf die Haftungsverursacher.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

### **Art. 32 Abs. 4 (aufgehoben)**

<sup>4</sup> *Aufgehoben.*

### **Art. 53 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

#### **Budget und Rechnung (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Das Budget enthält die voraussichtlichen Erträge und Einnahmen sowie die bewilligten Aufwände und Ausgaben der Rechnungsperiode.

<sup>2</sup> Die Rechnung enthält sämtliche Erträge und Einnahmen sowie Aufwände und Ausgaben und gibt die Vermögenslage auf Ende der Rechnungsperiode an.

### **Art. 62 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Mit dem Memorial werden der Landsgemeinde die Jahresrechnung, der Finanzbericht sowie das Budget zur Kenntnis gebracht.

### **Art. 90 Abs. 1**

<sup>1</sup> Dem Landrat stehen zu:

- a. *(geändert)* die Festsetzung des Budgets, die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung und die Genehmigung des Finanzplans;

### **Art. 100 Abs. 1**

<sup>1</sup> Dem Regierungsrat stehen zu:

- a. *(geändert)* der Entwurf des Budgets, die Führung der Jahresrechnung sowie die Aufstellung des Finanzplans;

### **Art. 131 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Stimmberechtigten sind insbesondere zuständig für:

- f. *(geändert)* die Festsetzung des Budgets;

**Art. 119 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Gemeinden besorgen alle örtlichen Angelegenheiten, für die weder der Bund noch der Kanton ausschliesslich zuständig sind.

**Art. 122 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Gemeinde nimmt alle öffentlichen Aufgaben wahr, für die weder der Bund noch der Kanton ausschliesslich zuständig sind (Einheitsgemeinden).

**Art. 127 Abs. 4 (neu)**

<sup>4</sup> Für die kommunalen Organisationen anderer Religionsgemeinschaften, die als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt sind, gelten die Vorschriften über die Kirchgemeinden sinngemäss.

**Ziffer 2****GS I C/21/2****Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 3. Mai 2009****Art. 5 Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 14 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Daten der Einwohnerregister werden durch die Einwohnerkontrollen dem Kanton ohne Anfrage unentgeltlich und elektronisch zur Verfügung gestellt.

<sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere welche Verwaltungsstellen einen Online-Zugriff auf die Daten der zentralen Datenplattform erhalten, und regelt die Auswirkungen auf die Meldepflichten. Er kann auch den Gemeinden entsprechend Zugriff für die Erfüllung ihrer Verwaltungsaufgaben gewähren.

**Art. 20 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Gemeinden bezeichnen die gebührenpflichtigen Tätigkeiten und legen Tarifordnung fest.

**Art. 21 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

**Ziffer 3****GS I C/23/2****Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz vom 4. Mai 2008****Art. 12 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 15 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Die Migrationsbehörde bezieht Gebühren gemäss der Gebührenverordnung zum Ausländergesetz, der kantonalen Verordnung zum EG zum AuG und nach der Kostenverordnung im Verwaltungsverfahren.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 17**  
Aufgehoben.

**Ziffer 4**

**GS I D/22/2**

**Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen an der Urne vom 7. Mai 1989**

**Art. 25 Abs. 1 (geändert), Abs. 2**

<sup>1</sup> Für die Verteilung der Landratsmandate auf die Wahlkreise ist der amtlich veröffentlichte aktuellste Stand der ständigen Wohnbevölkerung im Kanton massgebend.

<sup>2</sup> Die 60 Sitze des Landrates werden nach folgendem Verfahren auf die Wahlkreise verteilt:

- a. (geändert) Erste Verteilung: Die ständige Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 60 geteilt; das auf die nächste ganze Zahl aufgerundete Ergebnis ist für die erste Verteilung massgebend. Jeder Wahlkreis erhält so viele Sitze, als die Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

**Art. 45 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Wiederbesetzung von Sitzen bei mehrfacher Wahl oder bei Freiwerden eines Sitzes während der Amtsdauer erfolgt, indem die zuständige Wahlbehörde von der Liste, auf der das ausscheidende Mitglied gewählt wurde, denjenigen der nichtgewählten Kandidaten als gewählt erklärt, der am meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge auf der Liste. Kann oder will der so gewählte Kandidat das Amt nicht antreten, so wird der Nachfolgende als gewählt erklärt; der Verzicht auf das Nachrücken gilt für die ganze Amtsdauer.

**Ziffer 5**

**GS I D/23/1**

**Gesetz über die Eidesformeln vom 30. September 1877**

**Art. 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Wir geloben und schwören, die Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Glarus treu und wahr zu halten, des Vaterlandes Ehre, Einheit und Kraft, seine Unabhängigkeit, die Freiheit und Rechte der Menschen zu schützen und zu schirmen, so wahr als wir bitten, dass uns Gott helfe. «Dieses schwören wir.»

**Art. 2 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Ich gelobe und schwöre, die Verfassung und verfassungsmässigen Gesetze strenge zu befolgen, die Rechte und Freiheiten des Volkes und der Menschen zu achten und die Vorschriften und Pflichten meines Amtes oder meiner Bedienstung treu und gewissenhaft zu erfüllen, so wahr als ich bitte, dass mir Gott helfe. «Dieses schwöre ich.»

**Publikationsgesetz (neu)****Art. 1 Gegenstand**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Veröffentlichung des kantonalen Rechtsstoffes sowie die Funktionen des Amtsblattes des Kantons Glarus (Amtsblatt).

**Art. 2 Bestandteile der Gesetzessammlung; Erscheinungsform**

<sup>1</sup> Die Gesetzessammlung besteht aus einer nach Datum der Veröffentlichung geordneten Sammlung der behördlichen Erlasse (SBE) und einer nach Sachgebiet geordneten Sammlung des geltenden glarnerischen Rechts (GS).

<sup>2</sup> Die Gesetzessammlung wird im Internet veröffentlicht; der Zugang ist unentgeltlich. Sie ist zudem in der Staatskanzlei einsehbar.

**Art. 3 Inhalt der Gesetzessammlung**

<sup>1</sup> In der Gesetzessammlung werden veröffentlicht:

- a. die Kantonsverfassung, die Gesetze und die übrigen allgemeinverbindlichen Erlasse der Landsgemeinde;
- b. die allgemeinverbindlichen Erlasse des Landrates, des Regierungsrates und der Gerichtsbehörden, der Departemente und anderer Verwaltungseinheiten sowie der juristischen Personen des kantonalen öffentlichen Rechts;
- c. die Konkordate und die weiteren Vereinbarungen des Kantons, die allgemeinverbindliche Bestimmungen enthalten, sowie die rechtssetzenden Erlasse interkantonaler Organe;
- d. die Beschlüsse der Landsgemeinde über frei bestimmbare Ausgaben und über Beteiligungen des Kantons.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann Ausnahmen zu Absatz 1 sowie die Veröffentlichung weiterer Rechtsakte in der Gesetzessammlung vorsehen.

**Art. 4 Ausserordentliche Veröffentlichung des Rechtsstoffes**

<sup>1</sup> Bei Vorliegen besonderer Umstände kann die Veröffentlichung des in die Gesetzessammlung gehörenden Rechtsstoffes auf andere Weise erfolgen.

<sup>2</sup> Die Veröffentlichung in der Gesetzessammlung wird so bald als möglich nachgeholt.

<sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

**Art. 5 Wiedergabesicherheit und Rückverfolgbarkeit; Berichtigung**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat sorgt für die Wiedergabesicherheit und Rückverfolgbarkeit des Rechtsstoffes. Er regelt die Berichtigung von fehlerhaften Veröffentlichungen.

**Art. 6 Wirksamkeit; massgebliche Veröffentlichung in der Gesetzessammlung**

<sup>1</sup> Erlasse und allgemeinverbindliche Bestimmungen von Vereinbarungen verpflichten Personen nur, wenn sie gemäss diesem Gesetz und seinen Ausführungsbestimmungen veröffentlicht worden sind.

<sup>2</sup> Bei dem in die Gesetzessammlung gehörenden Rechtsstoff ist bezüglich Veröffentlichungsdatum und Inhalt die SBE massgebend.

**Art. 7 Weitere Informationsquellen zum Rechtsstoff**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat kann eine ergänzende Information zur Entwicklung des kantonalen Rechts im Amtsblatt vorsehen. Er kann zudem die Vollzugsbehörde ermächti-

gen, Separatdrucke bestimmter Erlasse oder Vereinbarungen zum Selbstkostenpreis abzugeben.

**Art. 8 Inhalt des Amtsblattes; Erscheinungsform**

<sup>1</sup> Das Amtsblatt enthält die rechtlich vorgeschriebenen behördlichen Bekanntmachungen für das ganze Kantonsgebiet, soweit sie nicht Gegenstand der Gesetzesammlung sind.

<sup>2</sup> Es enthält zudem weitere Bekanntmachungen des Kantons, der Gemeinden und der übrigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts zur Erfüllung ihrer Aufgaben sowie Bekanntmachungen von Organisationen des Privatrechts, die im Interesse der Allgemeinheit tätig sind.

<sup>3</sup> Das Amtsblatt wird im Internet veröffentlicht; der Zugang ist unentgeltlich. Es erscheint zudem in gedruckter Form und kann in der Staatskanzlei eingesehen werden.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

**Art. 9 Kostenbezug**

<sup>1</sup> Für die Bekanntmachungen der Gemeinden, der übrigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts und der Organisationen des Privatrechts im Amtsblatt werden Kosten nach Aufwand erhoben. Derselbe Kostenbezug erfolgt für Bekanntmachungen von kantonalen Behörden, zu denen bestimmte Personen Anlass geben.

<sup>2</sup> Für das Abonnement der gedruckten Ausgabe des Amtsblattes werden Kosten nach Aufwand erhoben.

<sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

**Ziffer 7**

**GS I D/24/1**

**Gesetz über die Neuherausgabe einer Sammlung des glarnerischen Rechtes vom 6. Mai 1973**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 8**

**GS I E/1/1**

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 5. Mai 1996**

**Art. 3 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Der Landrat kann die Tätigkeit der Kommission befristen.

**Art. 6 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat bestellt auf die verfassungsmässige Amtsdauer und nach Massgabe der eidgenössischen Zivilprozessordnung die Schlichtungsbehörde für Streitigkeiten nach dem eidgenössischen Gleichstellungsgesetz, bestehend aus dem Präsidium, zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern. Er kann mit der Aufgabe der Schlichtungsbehörde einen Ausschuss der Gleichstellungskommission (Art. 3) be-

trauen. Der Regierungsrat bestimmt, wo in der Verwaltung das Sekretariat angegliedert wird.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 8 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Er regelt namentlich die Befugnisse der Gleichstellungskommission gegenüber der kantonalen Verwaltung, die allfällige Befristung der Tätigkeit der Gleichstellungskommission sowie die Entschädigung der Gleichstellungskommission und der Schlichtungsbehörde.

**Ziffer 9**

**GS I F/1**

**Gesetz über den Schutz von Personendaten vom 5. Mai 2002**

**Art. 7 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Im Übrigen können Personendaten bei Dritten beschafft werden, wenn eine direkte Erhebung bei der betroffenen Person unverhältnismässig oder nicht möglich ist und die Grundsätze der Bearbeitung von Personendaten gemäss Artikel 4 beachtet werden.

**Art. 8 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der Regierungsrat erlässt hinsichtlich einzuhaltender Mindestanforderungen nach Anhörung insbesondere der mit der Informatik befassten Facheinheit sowie des Landesarchivs ausführende Vorschriften.

**Art. 13 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die öffentlichen Organe im Sinne von Artikel 2 führen, soweit sie dem Gesetz unterstehen, über ihre Datensammlungen ein Register. Die Aufsichtsstelle holt periodisch Angaben über wesentliche Änderungen ein. Sie kann den öffentlichen Organen über die Führung der Register Weisungen erteilen.

**Art. 21 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Aufsichtsstelle

c. *(geändert)* berät in Zusammenarbeit mit den zuständigen Facheinheiten der Verwaltung, insbesondere der mit der Informatik befassten Einheit und dem Landesarchiv, die öffentlichen Organe in Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit;

**Ziffer 10**

**GS II A/3/2**

**Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung  
2. Mai 2004**

**Art. 4 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Regierungsrat und Verwaltung sorgen für die sach- und zeitgerechte Information der Öffentlichkeit über laufende Sachgeschäfte, Probleme und Vorhaben von allgemeinem Interesse. Vorbehalten bleibt das Amtsgeheimnis (Art. 27).

---

<sup>1)</sup> s. Fussnote zu Art. 3 Abs. 1

**Art. 27 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Ihrer Natur nach geheim zu halten sind insbesondere Angaben über das Privatleben von Personen, über Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen, über Angelegenheiten der Sozialhilfe und der Gesundheitspflege sowie über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen.

**Art. 29 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Sie dürfen nicht in Gesellschaften, die einen Erwerb bezwecken, als Mitglied der Verwaltung oder bei der Revision tätig sein. Vorbehalten bleibt die Wahrnehmung solcher Funktionen in Ausübung des Regierungsamtes oder zur Unterstützung von Gesellschaften, welche für die Entwicklung des Kantons oder einer Region von erheblicher Bedeutung sind.

**Ziffer 11****GS II A/6/1****Gesetz über das Personalwesen vom 5. Mai 2002****Art. 26 Abs. 2 (neu)**

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann die Entbindung der zur Verwaltung gehörenden Angestellten vom Amtsgeheimnis im Sinne von Art. 320 Abs. 2 StGB an eine andere als die für personalrechtliche Entscheide zuständige Behörde übertragen.

**Ziffer 12****GS II A/7/1****Gesetz über das Archivwesen vom 4. Mai 2003****Art. 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Übergabe von Akten der kantonalen öffentlichen Organe an das Landesarchiv und der Gemeinden an die Gemeindearchive, die Archivierung sowie den Datenschutz im Archivbereich.

**Art. 5 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Das Landesarchiv erschliesst das Archivgut für die Benutzung. Es kann Archivgut Dritter übernehmen und sich an der Erforschung und der Veröffentlichung von staatlichem Archivgut beteiligen. Die weiteren Aufgaben richten sich nach der Verordnung.

- a. Aufgehoben.
- b. Aufgehoben.
- c. Aufgehoben.
- d. Aufgehoben.
- e. Aufgehoben.
- f. Aufgehoben.
- g. Aufgehoben.
- h. Aufgehoben.

**Art. 6 Abs. 1 (aufgehoben)****Aufsicht (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Aufgehoben.

**Art. 7**

*Aufgehoben.*

**Art. 8 Abs. 4 (aufgehoben), Abs. 6 (aufgehoben)**

<sup>4</sup> *Aufgehoben.*

<sup>6</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 11 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Nach Ablauf der Schutzfristen können die Akten grundsätzlich von der Öffentlichkeit eingesehen werden. Die anbietepflichtigen Stellen können auch während den Schutzfristen in die eigenen Akten Einsicht nehmen, die Einsichtnahme durch Dritter bedarf deren Einwilligung.

<sup>2</sup> Die Benutzung von Archivgut wird vom Landesarchiv eingeschränkt, wenn:  
*Aufzählung unverändert.*

<sup>5</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben),  
Abs. 5 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Für archivierte Akten gilt eine allgemeine Schutzfrist wie im Bundesrecht von 30 Jahren von ihrer Anlage an gerechnet, sofern keine besonderen Schutzfristen vorgehen. Für Akten mit Personendaten beträgt die Schutzfrist 30 Jahre seit dem Tod der betroffenen Person und, falls der Tod ungewiss ist, 100 Jahre seit ihrer Geburt. Sind weder Todes- noch Geburtsdatum einer Person feststellbar, endet die Schutzfrist 80 Jahre nach der Anlage.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

<sup>5</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 16 Abs. 2 (neu)**

<sup>2</sup> Der Kanton kann sich bestimmte Aufgaben gegen Erstattung der vollen Kosten durch die Gemeinden zur Ausführung übertragen lassen.

**Art. 18 Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 19**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 13****GS II E/2****Gemeindegesezt vom 3. Mai 1992****Art. 5 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Sie besorgen namentlich alle örtlichen Angelegenheiten, für die weder der Bund noch der Kanton ausschliesslich zuständig sind.

**Art. 10 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die durch Vereinigung entstehende Gemeinde tritt in die Rechtsverhältnisse der bisherigen Gemeinden ein. Die Vereinbarung über die Vereinigung bestimmt den Namen und das Wappen der neuen Gemeinde.

**Art. 12 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Benachbarte Gemeinden können mit Zustimmung ihrer Stimmberechtigten eine Grenzbereinigung oder eine Grenzänderung vereinbaren. Die Grenzbereinigung bedarf der Genehmigung des Regierungsrates, die Grenzänderung der Genehmigung des Landrates.

**Art. 15**

*Aufgehoben.*

**Art. 19**

*Aufgehoben.*

**Art. 21**

*Aufgehoben.*

**Art. 23**

*Aufgehoben.*

**Art. 74 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (aufgehoben)*****Rücktritt vom Behördenamt (Sachüberschrift geändert)***

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 88 Abs. 1**

<sup>1</sup> Der Vorsteherschaft obliegt im Weiteren:

- a. *(geändert)* Erlasse, Beschlüsse, Verträge oder Urteile durch Anordnungen oder durch Weisungen an die Verwaltung zu vollziehen, soweit dafür nicht andere Organe zuständig sind;

**Art. 89 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)**

<sup>2</sup> Der Gemeinderat kann die kommunalen Kontrollorgane hinsichtlich der Übertretungstatbestände des Gemeinderechts ermächtigen, im Einverständnis mit der fehlbaren Person auf der Stelle eine Ordnungsbusse zu erheben. Er bestimmt die Übertretungen, die durch Ordnungsbussen zu ahnden sind, legt den Bussenbetrag fest und regelt das Verfahren.

<sup>3</sup> Anerkennt die betroffene Person die Widerhandlung nicht oder ist sie mit dem Ordnungsbussenverfahren nicht einverstanden, erfolgt Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden. Die Höchstgrenze der Ordnungsbussen beträgt 1000 Franken.

**Art. 93 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)*****Delegationen (Sachüberschrift geändert)***

<sup>1</sup> Die Vorsteherschaft kann aufgrund eines kantonalen Gesetzes oder aufgrund der Gemeindeordnung oder des Organisationsstatuts des Zweckverbands in einzelnen Aufgabenbereichen Entscheidungsbefugnisse oder Befugnisse zur Leitung und Aufsicht über die Verwaltung einem Ausschuss oder einer ständigen Kommission übertragen. Einer solchen Kommission muss mindestens ein Mitglied der Vorsteherschaft angehören.

<sup>2</sup> Die Vorsteherschaft kann auf dieser Grundlage in einzelnen Aufgabenbereichen auch Entscheidungsbefugnisse auf eine Verwaltungseinheit übertragen.

**Art. 139 Abs. 2 (aufgehoben)**<sup>2</sup> *Aufgehoben.***Ziffer 14****GS II F/2****Gesetz über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger vom 5. Mai 1991****Art. 5 Abs. 3 (geändert)**<sup>3</sup> Der Landrat kann in interkantonalen Vereinbarungen die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger für Schäden aus amtlichen Tätigkeiten abweichend regeln, wobei die Grundsätze dieses Gesetzes eingehalten sein müssen.**Art. 11 Abs. 2 (geändert)**<sup>2</sup> Die angegangene Behörde muss binnen sechs Monaten durch Verfügung über die Begehren des Geschädigten entscheiden. Diese Frist kann im Einverständnis mit dem Geschädigten verlängert oder verkürzt werden.**Art. 12 Abs. 4 (neu)****Gerichtliche Beschwerde (Sachüberschrift geändert)**<sup>4</sup> Mit der Beschwerde können alle Mängel des Verfahrens und des strittigen Entscheides einschliesslich der Unangemessenheit überprüft werden.**Art. 13 Abs. 3 (neu)**<sup>3</sup> Im erstinstanzlichen Verfahren kann mit der Benachrichtung und Beiladung der Amtsträger längstens bis nach Einreichung der Stellungnahme der betroffenen Behörde zugewartet werden, wenn diesen daraus keinerlei Nachteil erwächst und sie die Beiladung nicht von sich aus verlangen.**Art. 21 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)**<sup>2</sup> Beschwerden betreffend Entscheide über Forderungen gegen Mitglieder des Verwaltungsgerichts sind beim Obergericht zu erheben.<sup>3</sup> Mit der Beschwerde können alle Mängel des Verfahrens und des strittigen Entscheides einschliesslich der Unangemessenheit gerügt werden.**Art. 22 Abs. 3 (geändert)**<sup>3</sup> Diese Fristen über die Verwirkung der Forderung des Gemeinwesens stehen während der Dauer eines Straf-, Disziplinar- oder Administrativverfahrens, das aufgrund desselben Sachverhalts durchgeführt wird, still.**Ziffer 15****GS III A/4****Gesetz über den Fristenlauf an Samstagen vom 3. Mai 1964.***Aufgehoben.***Ziffer 16****GS III B/1/1****Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Kanton Glarus vom 7. Mai 1911**

**Art. 9a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist für alle Aufgaben zuständig, die ihr durch Bundesrecht übertragen werden.

<sup>2</sup> Sie ist auch in all jenen Fällen zuständig, in denen in den Bereichen Kindesrecht (7. und 8. Titel Art. 252 ff. ZGB), Familiengemeinschaft (9. Titel Art. 328 ff. ZGB) und Erwachsenenschutz (3. Abteilung Art. 360 ff. ZGB) vom Kanton eine zuständige Behörde zu bezeichnen ist und keine abweichende Regelung im Bundesrecht oder im kantonalen Recht besteht.

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

<sup>4</sup> Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nimmt die erbrechtlichen Aufgaben wahr, die das Bundesrecht der zuständigen Behörde zuweist.

**Art. 15b Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 29 Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 32a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Der Rechtsschutz gegenüber Amtshandlungen der Zivilstandsamtes bzw. der Zivilstandsbeamten richtet sich nach der eidgenössischen Zivilstandsverordnung. Erste Beschwerdeinstanz ist das zuständige Departement (Aufsichtsbehörde), zweite Instanz das Verwaltungsgericht.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 63c Abs. 2 (neu)**

<sup>2</sup> Die ständigen Mitglieder dürfen einzig im Rahmen jenes Pensums, welches nicht durch die Behördentätigkeit beansprucht wird, andere berufliche Tätigkeiten ausüben.

**Ziffer 17****GS III B/3/1****Gesetz über Beurkundung und Beglaubigung vom 6. Mai 2007****Art. 5 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Die zur öffentlichen Beurkundung zugelassenen Gemeindeschreiber und Gemeindeschreiber-Stellvertreter sind für Grundstücksgeschäfte und für Bürgschaftserklärungen zuständig.

**Ziffer 18****GS III D/1****Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 4. Mai 1997****Art. 4 Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 5 Abs. 4 (aufgehoben)**<sup>4</sup> *Aufgehoben.***Art. 6 Abs. 1 (aufgehoben)**<sup>1</sup> *Aufgehoben.***Art. 9 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Der Regierungsrat bezeichnet das für das Betreibungs- und Konkurswesen zuständige Departement. Er kann die administrative, fachliche und organisatorische Aufsicht auf eine dem Departement nachgeordneten Verwaltungsbehörde übertragen.**Ziffer 19****GS III E/1****Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Glarus vom 2. Mai 1965****Art. 1 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Auf die noch dem kantonalen Strafrecht verbleibenden Übertretungstatbestände finden die allgemeinen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht Anwendung, wobei die besonderen Strafbestimmungen des kantonalen Rechtes vorbehalten bleiben.**Art. 26 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Sind Vollzugsvorkehren zu treffen, gehen die für den Vollzug massgeblichen Strafakten samt den rechtskräftigen Urteilen, Verfügungen und Beschlüssen an die für den Vollzug zuständige Verwaltungsbehörde.**Art. 26a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**<sup>1</sup> Die Strafbehörde kann der beschuldigten Person bewilligen, Freiheitsstrafen und freiheitsentziehende Massnahmen vorzeitig anzutreten (Art. 58 und 75 StGB), sofern der Stand des Verfahrens es erlaubt.<sup>2</sup> Die Strafbehörde erteilt der zuständigen Vollzugsbehörde die nötigen Anweisungen für den vorzeitigen Vollzug.**Art. 28 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Die Vollzugsbehörde stellt den Vollzug auf Geheiss der Strafbehörde ein. Bei Vorliegen wichtiger Gründe kann die zuständige Verwaltungsbehörde den Vollzug unterbrechen, soweit keine Flucht- oder Wiederholungsgefahr droht.**Art. 29 Abs. 2 (geändert)**<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann, soweit keine geeigneten Vollzugsmöglichkeiten auf kantonalem Boden zur Verfügung stehen, die nötigen Vereinbarungen mit andern Kantonen und Einrichtungen zur Mitbenützung von deren Vollzugseinrichtungen treffen.**Art. 29b Abs. 1**<sup>1</sup> Disziplinarische Verfehlungen sind insbesondere:7. *(geändert)* mutwillige Beschädigung oder Verunreinigung von Gebäuden und Gegenständen, Verschleuderung von Material;11. *Aufgehoben.*

**Art. 29c Abs. 1**

<sup>1</sup> Disziplinar massnahmen sind:

7. (geändert) Arrest bis zu 14 Tagen.

**Art. 29f (neu)**

<sup>1</sup> Die Eingewiesenen sind verpflichtet, dem Gefängnisarzt oder der Leitung des Gefängnisses schwere und ansteckende Krankheiten wahrheitsgemäss bekannt zu geben.

**Art. 30d (neu)**

<sup>1</sup> Ersatzforderungen des Kantons für Kosten aus dem Straf- und Massnahmenvollzug verjähren innerhalb von 10 Jahren.

**Art. 32 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Die Frist zur Beschwerdeerhebung gegen Verfügungen und Entscheide betreffend den Vollzug eines Strafurteils oder Strafmandates beträgt zehn Tage.

**Ziffer 20****GS III F/1****Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 2. Mai 2010****Art. 27 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Strafverfolgung gegen Mitglieder des Regierungsrates, der vom Landrat gewählten Kommissionen und der Gerichte sowie der Staatsanwälte und Jugendanwälte wegen im Amt begangener Verbrechen oder Vergehen kann nur eingeleitet werden, wenn der Landrat in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Ermächtigung dazu erteilt.

**Ziffer 21****GS III G/1****Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 4. Mai 1986****Art. 26 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Vorbehalten bleibt die Androhung einer Strafe wegen Ungehorsams nach Artikel 292 des Strafgesetzbuches.

**Art. 30 Abs. 3 (geändert), Abs. 3a (neu)**

<sup>3</sup> Parteien mit Wohnsitz, Sitz oder regelmässigem Aufenthalt im Ausland müssen auf Verlangen der Behörde in der Schweiz ein Zustelldomizil bezeichnen. Leistet eine Partei dieser Aufforderung nicht Folge, können die Zustellungen unterbleiben oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

<sup>3a</sup> Sind an einem Verfahren mehrere Parteien beteiligt, die eine gemeinsame Eingabe oder inhaltlich gleiche Eingaben eingereicht haben, kann die Behörde sie verpflichten, ein gemeinsames Zustelldomizil oder einen gemeinsamen Vertreter zu bezeichnen. Leisten die Beteiligten dieser Aufforderung nicht Folge, kann die Verwaltungsbehörde entweder ein Zustelldomizil bezeichnen oder einen Vertreter bestimmen.

**Art. 65 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Die Behörde muss alle erheblichen und rechtzeitigen Vorbringen der Parteien zum Sachverhalt und zur Rechtslage würdigen sowie die ihr angebotenen Beweise annehmen, wenn diese zur Abklärung des Sachverhalts tauglich und erheblich sind.

**Art. 81 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Die Einsprache ist dort zulässig, wo sie nach besonderer gesetzlicher Vorschrift vorgesehen ist.

**Art. 91 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der angefochtene Entscheid ist genau zu bezeichnen und beizulegen. Ebenso müssen die Beweismittel bezeichnet und soweit möglich schon beigelegt werden.

**Art. 122 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Ist ein Entscheid unklar, unvollständig oder zweideutig oder stehen seine Bestimmungen untereinander oder mit den Entscheidungsgründen im Widerspruch oder enthält er Redaktions- oder Rechnungsfehler, so nimmt die entscheidende Behörde von Amtes wegen oder auf Antrag einer Partei die Erläuterung oder Berichtigung vor. Die anderen Parteien müssen nicht angehört werden.

**Art. 135 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

<sup>1</sup> Der Kanton ist für seine Behörden nicht kostenpflichtig, es sei denn, besondere Umstände rechtfertigen dies.

<sup>3</sup> Im Übrigen können die Rechtsmittelinstanzen den Gemeinden und anderen dem Kanton nachgeordneten Behörden amtliche Kosten auferlegen, wenn diesen grobe Verfahrensfehler oder offensichtliche Rechtsverletzungen unterlaufen sind.

**Art. 135a Abs. 1**

<sup>1</sup> Kostenlos sind die Verfahren betreffend  
c. *Aufgehoben.*

**Ziffer 22****GS IV B/1/3****Gesetz über Schule und Bildung vom 6. Mai 2001****Art. 32 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> Die Kantonsschule wird von der Schulleitung geführt und steht unter der fachlichen Aufsicht des Kantonsschulrats. Der Landrat regelt mit der Schulordnung die Grundzüge der Organisation sowie der Aufsicht.

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 33**

*Aufgehoben.*

**Art. 34**

*Aufgehoben.*

**Art. 55**

*Aufgehoben.*

**Art. 58a (neu)**

**Anwendbares Recht**

<sup>1</sup> Soweit die Bildungsgesetzgebung keine eigene Regelung enthält, gelten für die Rechtsstellung der Lehrpersonen die Bestimmungen der kantonalen Personalgesetzgebung sinngemäss.

**Art. 60 Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 63 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Das Anstellungsverhältnis wird durch einen schriftlichen Vertrag begründet.

**Art. 67**

*Aufgehoben.*

**Art. 68**

*Aufgehoben.*

**Art. 69**

*Aufgehoben.*

**Art. 70**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 23**

**GS IV D/1/1**

**Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 6. Mai 1973**

**Art. 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Aufgaben von Kanton und Gemeinden sowie den Vollzug des Bundesrechtes im Bereich Sport.

**Art. 2**

*Aufgehoben.*

**Art. 3 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat entscheidet über Beiträge gemäss Art. 10 dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Er wählt die Sportkommission.

a. *Aufgehoben.*

b. *Aufgehoben.*

c. *Aufgehoben.*

d. *Aufgehoben.*

<sup>3</sup> Er regelt das Weitere, namentlich die Aufgaben der Fachstelle in einer Verordnung.

**Art. 4**

*Aufgehoben.*

**Art. 5**

*Aufgehoben.*

**Art. 6 Abs. 1 (geändert)**

**Sportkommission (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Die Sportkommission besteht aus dem Inhaber oder der Inhaberin der zuständigen Fachstelle, einer weiteren Vertretung des Kantons und fünf Vertretungen der Sportverbände.

**Art. 7 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

**Aufgabe der Kommission (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Die Kommission steht dem zuständigen Departement für die Beratung grundsätzlicher Fragen des Sports zur Verfügung.

<sup>2</sup> Sie stellt dem Regierungsrat Antrag über die Verwendung der Gelder des Lotteriefonds.

**Art. 8 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Die Fachstelle im zuständigen Departement ist für den Vollzug des Bundesrechts sowie für alle weiteren Massnahmen auf dem Gebiet des Sports zuständig, soweit diese nicht anderen Organen übertragen sind.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 9 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Der Kanton leistet Beiträge an die Errichtung und Erweiterung von Sportanlagen sofern diese mindestens einem kantonalen Bedürfnis entsprechen und die Gemeinden und/oder Dritte sich mit angemessenen Beiträgen beteiligen.

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 10 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert)**

**Höhe der Beiträge (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

<sup>2</sup> Der Kantonsanteil beträgt je nach der Bedeutung der Anlage und der finanziellen Leistungsfähigkeit privater Empfänger 20-40 Prozent der anerkannten Gesamtkosten; die Kosten für den Landerwerb werden nicht subventioniert.

**Art. 11**

*Aufgehoben.*

**Art. 12 Abs. 1 (geändert)**

**Rückerstattung von Beiträgen (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Werden subventionierte Turn- und Sportanlagen nicht fachgemäss unterhalten oder vor Ablauf von 20 Jahren seit Beitragsausrichtung teilweise oder ganz ihrem Zwecke entfremdet, so kann der Regierungsrat die ganze oder teilweise Rückerstattung der Beiträge verlangen.

**Art. 13**

*Aufgehoben.*

**Art. 14**

*Aufgehoben.*

**Art. 15 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

**Ziffer 24****GS IV E/1**

**Beschluss betreffend die Gründung eines kantonalen Stipendienfonds vom 15. Mai 1859.**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 25****GS IV G/1/1**

**Gesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 2. Mai 1971**

**Art. 2**

*Aufgehoben.*

**Art. 25a**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 26****GS V A/11/1**

**Polizeigesetz des Kantons Glarus vom 6. Mai 2007**

**Art. 5 Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)**

<sup>3</sup> Der Regierungsrat kann in besonderen Lagen andere Kantone, den Bund oder das Ausland um Unterstützung ersuchen oder dort den Einsatz der Kantonspolizei anordnen. Wiederkehrende Einsätze für Sport- oder Kulturveranstaltungen oder für internationale Anlässe und dergleichen können vom Regierungsrat über einen längeren Zeitraum bewilligt werden.

<sup>4</sup> In dringenden Fällen entscheidet das Polizeikommando. Das Departement ist sobald als möglich in Kenntnis zu setzen.

**Art. 25 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)****Überwachung im Allgemeinen (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Zur Erfüllung ihres Auftrages darf die Kantonspolizei den öffentlich zugänglichen Raum in der Weise mit Audio- und Videogeräten überwachen, dass Personen nicht identifiziert werden können.

<sup>2</sup> Die weiter gehende Auswertung von Aufzeichnungen durch die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Verbrechen und Vergehen bleibt vorbehalten.

**Art. 25a (neu)****Überwachung mit der Möglichkeit zur Personenidentifikation**

<sup>1</sup> Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhinderung und Erkennung strafbarer Handlungen, insbesondere zum Schutz von Personen, darf die Polizei den öffentlich zugänglichen Raum in der Weise mit Audio- und Videogeräten überwachen, dass Personen identifiziert werden können.

<sup>2</sup> Die Überwachung muss vom Polizeikommandant angeordnet und örtlich und zeitlich begrenzt werden. Sie setzt voraus, dass

- a. am überwachten Ort Straftaten bereits begangen worden sind oder mit solchen zu rechnen ist und
- b. keine weniger eingreifenden Mittel zur Verfügung stehen.

<sup>3</sup> Die Öffentlichkeit ist durch Hinweistafeln, Anzeigen auf Bildschirmen oder in anderer geeigneter Weise auf den Einsatz der Audio- und Videogeräte aufmerksam zu machen.

**Titel nach Art. 39 (geändert)**

**9. Private Sicherheitsdienstleistungen**

**Art. 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

<sup>1</sup> Private Erbringer von Sicherheitsdienstleistungen beachten das staatliche Gewaltmonopol und stehen im Kontakt mit der Polizei. Insbesondere haben sie:

- a. (geändert) der Polizei die Gefährdung oder Verletzung bedeutsamer Rechtsgüter zu melden, sofern dies ein Einschreiten der Polizei erfordert;
- b. (geändert) der Polizei auf Verlangen Auskunft über getroffene und geplante Einsatzmassnahmen zu erteilen;
- c. (geändert) über ihre Wahrnehmungen aus den Tätigkeitsbereichen der Polizei Stillschweigen zu bewahren;
- d. (neu) Handlungen der Polizei und anderer Behörden nicht zu behindern und bei gemeinsamen Einsätzen mit ihnen zusammenzuarbeiten.

<sup>2</sup> Die Erscheinung der privaten Sicherheitsdienstleister in der Öffentlichkeit darf zu keiner Verwechslung mit staatlichen Behörden und Institutionen Anlass geben. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigende Werbung ist untersagt.

**Art. 41 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat kann die Tätigkeit privater Erbringer von Sicherheitsdienstleistungen einer Bewilligungspflicht unterstellen und hierfür besondere zusätzliche Regelungen erlassen.

**Art. 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 2a (neu), Abs. 3 (geändert)**

**Sanktionen (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Die zuständige Verwaltungsbehörde sistiert oder verbietet die Tätigkeit eines privaten Sicherheitsdienstleisters, insbesondere wenn dieser

- a. (geändert) in schwerwiegender Weise gegen die Pflichten gemäss Artikel 40 verstossen hat;
- b. (geändert) wegen eines Verbrechens oder Vergehens im Strafregister verzeichnet ist.
- c. Aufgehoben.
- d. Aufgehoben.

<sup>2</sup> Eine Bewilligung wird durch die zuständige Verwaltungsbehörde entzogen, insbesondere wenn

- a. (neu) die Voraussetzungen für die Erteilung einer Bewilligung nicht mehr gegeben sind;
- b. (neu) gegen die mit einer Bewilligung verbundenen Pflichten verstossen wird.

<sup>2a</sup> In leichteren Fällen kann ein Verweis ausgesprochen werden.

<sup>3</sup> Gerichts- und Verwaltungsbehörden melden der zuständigen Verwaltungsbehörde den Eintritt von Verbotgründen.

**Art. 43 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)**

**Aufsicht (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Die privaten Erbringer von Sicherheitsdienstleistungen unterliegen der Aufsicht der Kantonspolizei. Sie kann in Räumlichkeiten des privaten Sicherheitsdienstleisters oder an den Einsatzorten Kontrollen durchführen oder durchführen lassen.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 43a (neu)**

**Strafbestimmung**

<sup>1</sup> Wer in schwerwiegender Weise gegen die Pflichten gemäss Artikel 40 oder die mit einer Bewilligung verbundenen Pflichten verstösst, wird mit Busse bestraft. Fahrlässigkeit, Versuch und Helfenschafft sind strafbar.

**Art. 45**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 27**

**GS V C/1/1**

**Gesetzes über den Brandschutz und die Feuerwehr vom 7. Mai 1995**

**Art. 45 Abs. 4 (geändert)**

<sup>4</sup> Der Verwaltungsrat der Glarnersach regelt die Anspruchsberechtigung.

**Ziffer 28**

**GS V D/1/1**

**Gesetz über die Kantonale Sachversicherung Glarus vom 2. Mai 2010**

**Art. 2 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Glarnersach hat folgende Aufgaben:

- d. *(geändert)* Führung des Bereichs Prävention (Schadenverhütung) und Intervention (Schadenbekämpfung);

**Ziffer 29**

**GS V F/1**

**Gesetz über den Zivilschutz vom 5. Mai 2013**

**Art. 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt in Vollziehung des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) die dem Zivilschutz übertragenen Aufgaben und die Schutzbauten.

**Art. 2 Abs.1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)**

<sup>1</sup> Der Vollzug der Aufgaben im Bereich des Zivilschutzes und der Schutzbauten erfolgt grundsätzlich durch den Kanton.

<sup>3</sup> Der Kanton berücksichtigt beim Vollzug seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Gemeinden.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat kann dem Zivilschutz nach Anhörung der Gemeinden weitere Aufgaben übertragen.

**Art. 3**

*Aufgehoben.*

**Art. 4 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Das zuständige Departement ernennt den Zivilschutzkommandanten und seine Stellvertreter.

**Art. 11 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Das zuständige Departement steuert nach den Vorgaben des Bundes den Schutzraumbau und legt die Ersatzbeiträge fest. Der weitere Vollzug der Aufgaben im Schutzraumbau erfolgt durch die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde.

**Art. 12 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Bei Kommandoposten der kantonalen Führungsorganisation, geschützten Spitälern und geschützten Sanitätsstellen sowie kantonalen Bauten für den Kulturgüterschutz fallen diese Aufgaben in die Zuständigkeit des Kantons bzw. der Spitalträgerschaft.

**Art. 20 Abs. 1 (geändert)****Weitere Zuständigkeiten (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat legt die Zuständigkeiten fest, sofern das Gesetz nicht selber eine Stelle ausdrücklich für zuständig erklärt.

**Art. 22**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 30****GS V G/1****Gesetz über den Bevölkerungsschutz vom 6. Mai 2012****Art. 4 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Er trifft hierzu, nötigenfalls in Abweichung der ordentlichen Kompetenzordnung, die erforderlichen Planungen und Massnahmen; sind die Mittel ausgeschöpft, ersucht er um Unterstützung bei anderen Kantonen und dem Bund bzw. der Armee.

**Ziffer 31****GS VI A/1/2****Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden vom 3. Mai 2009****Art. 1 Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 6 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die Erfolgsrechnung umfasst:

- s. (geändert) den ausserordentlichen Ertrag;
- t. (geändert) den Ertrag aufgrund der internen Verrechnungen.

**Art. 36 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> Finanzkennzahlen zweiter Priorität sind:

- a. (neu) Nettoschuld in Franken je Einwohnerin/Einwohner;
- b. (neu) Selbstfinanzierungsanteil;
- c. (neu) Kapitaldienstanteil;

- d. (neu) Bruttoverschuldungsanteil;
- e. (neu) Investitionsanteil.

<sup>3</sup> Der Regierungsrat legt die Berechnung dieser Finanzkennzahlen fest und setzt für jede eine Limite, bis zu welcher eine gesunde Entwicklung des Finanzhaushalts gegeben ist. Er hört vorgängig die Gemeinden an.

- a. Aufgehoben.
- b. Aufgehoben.
- c. Aufgehoben.
- d. Aufgehoben.
- e. Aufgehoben.
- f. Aufgehoben.
- g. Aufgehoben.
- h. Aufgehoben.

<sup>4</sup> Aufgehoben.

**Art. 53 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Im Falle von zeitlichen Verzögerungen bei der Realisierung von Investitionsvorhaben, Einzelmassnahmen oder Projekten sowohl in der Investitionsrechnung wie auch in der Erfolgsrechnung in Form von Verpflichtungskrediten kann der Regierungsrat bzw. der Gemeinderat nicht vollständig beanspruchte Budget- und Nachtragskredite, die bereits bewilligt wurden, auf das Folgejahr übertragen.

**Art. 57 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Rechnungslegung richtet sich nach allgemein anerkannten Standards und den Vorschriften des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2.

**Art. 61 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Anlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einem Wertverzehr unterliegen, werden planmässig je Anlagekategorie nach der angenommenen Nutzungsdauer degressiv abgeschrieben. Es ist eine Anlagebuchhaltung zu führen. Die landrätliche Verordnung regelt das Nähere, insbesondere die Höhe der Abschreibungssätze.

**Ziffer 32**

**GS VI C/1/1**

**Steuergesetz vom 7. Mai 2000**

**Art. 31 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Leben Ehegatten in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe und erzielen beide ein Erwerbseinkommen, so werden vom niedrigeren Erwerbseinkommen 10 Prozent, jedoch mindestens 3500 Franken und höchstens 10'000 Franken abgezogen. Als Erwerbseinkommen gelten die steuerbaren Einkünfte aus unselbständiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit abzüglich der Aufwendungen nach den Artikeln 26–29 und der allgemeinen Abzüge nach Absatz 1 Ziffern 4–6. Bei erheblicher Mitarbeit eines Ehegatten im Beruf, Geschäft oder Gewerbe des andern Ehegatten oder bei gemeinsamer selbständiger Erwerbstätigkeit wird jedem Ehegatten die Hälfte des gemeinsamen Erwerbseinkommens zugewiesen. Eine abweichende Aufteilung ist vom Ehepaar nachzuweisen.

**Art. 53 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind die Anlagefonds mit direktem Grundbesitz im Sinne von Artikel 58 des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006.

**Art. 88 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der Steuerabzug umfasst die Kantons- und Gemeindesteuern, die kantonalen Zuschläge sowie die direkte Bundessteuer.

**Art. 101 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Die Pflichten des Schuldners der steuerbaren Leistung richten sich nach Artikel 91,

1. *Aufgehoben.*
2. *Aufgehoben.*
3. *Aufgehoben.*
4. *Aufgehoben.*

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

<sup>4</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 152a Abs. 2**

<sup>2</sup> Zur Meldung verpflichtet ist die für die Auszahlung zuständige Behörde, insbesondere bei:

1. *(geändert)* Beiträgen im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz;
3. *(geändert)* Kulturpreisen;
4. *Aufgehoben.*

**Titel nach Art. 165 (geändert)**

*1.8.4a. Beschwerdeverfahren vor der Steuerrekurskommission*

**Art. 165a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Der Steuerpflichtige kann gegen den Einspracheentscheid innert 30 Tagen nach Zustellung bei einer von der Steuerbehörde unabhängigen Steuerrekurskommission schriftlich Beschwerde erheben.

<sup>2</sup> Die Beschwerde ist zu begründen. Es können alle Mängel des angefochtenen Entscheides und des vorangegangenen Verfahrens gerügt werden.

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Titel nach Art. 165a (geändert)**

*1.8.5. Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht*

**Art. 166 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Gegen den Beschwerdeentscheid der Steuerrekurskommission können der Steuerpflichtige und die Veranlagungsbehörde innert 30 Tagen nach Zustellung Verwaltungsgerichtsbeschwerde im Sinne von Artikel 105 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege erheben.

**Art. 167 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 188 Abs. 2 (aufgehoben)**<sup>2</sup> *Aufgehoben.***Art. 189 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)**<sup>2</sup> Gegen die Rechnung für die Akontozahlung kann bei der kantonalen Steuerverwaltung schriftlich Einsprache erhoben werden.<sup>3</sup> Mit der Einsprache kann nur die Steuerhoheit bestritten oder glaubhaft gemacht werden, dass der mutmassliche Steuerbetrag für die Steuerperiode tiefer ist als die in Rechnung gestellte Akontozahlung. Die Bestimmungen über das Einsprache- und Beschwerdeverfahren bei der Veranlagung gelten sinngemäss.**Art. 190 Abs. 3 (geändert)**<sup>3</sup> In der Schlussabrechnung werden die Ausgleichszinsen ab Verfalltag berechnet:

1. *Aufgehoben.*
2. *Aufgehoben.*

**Art. 199 Abs. 2 (aufgehoben)**<sup>2</sup> *Aufgehoben.***Art. 238 Abs. 3 (geändert)**<sup>3</sup> Letztinstanzliche Entscheide unterliegen der Beschwerde in Strafsachen an das Bundesgericht.**Ziffer 33****GS VI E/211/1****Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel vom 6. Mai 1979****Art. 1 Abs. 1 (geändert)****Zweck (Sachüberschrift geändert)**<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt im Rahmen der eidgenössischen Gesetzgebung über die Jagd und den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel die Ausübung der Jagd.**Art. 4 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)****Verhütung und Vergütung von Wildschäden (Sachüberschrift geändert)**<sup>1</sup> Der Kanton sorgt dafür, dass der Wildbestand auf einem für die Land- und Forstwirtschaft erträglichen Mass gehalten wird.<sup>2</sup> Der Kanton kann Beiträge an Massnahmen zur Verhütung von Wildschäden leisten. Er entschädigt im Rahmen der Bundesgesetzgebung die durch jagdbares Wild verursachten Schäden an Wald, landwirtschaftlichen Kulturen und Nutztieren angemessen.<sup>3</sup> Zum Zwecke einer möglichst ausgeglichenen Finanzierung der Schadenverhütungsmassnahmen und der Schadenvergütung der Wildschäden unterhält der Kanton einen Wildschadenfonds. Dieser wird gespiesen:

- a. durch einen jährlichen Zuschlag von maximal 10 Prozent zur Patenttaxe;
- b. durch einen jährlichen Beitrag von 10 Prozent aus den Einnahmen, die der Kanton aus dem Wildabschuss erzielt;
- c. durch Beiträge des Bundes im Rahmen der NFA-Programmvereinbarungen.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Verhütung und Vergütung durch Verordnung.

**Art. 4a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)****Grundsätze (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> Zur Begrenzung und Verhütung von Wildschäden sorgt der Regierungsrat dafür, dass:

- a. (neu) die Wilddichten in einem für die Landwirtschaft und den Wald tragbaren Rahmen gehalten werden;
- b. (neu) die jährlichen Abschusspläne erfüllt werden;
- c. (neu) der Lebensraum der wild lebenden Tiere nicht weiter eingeschränkt wird und Hegemassnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Wildes und des Biotops getätigt werden;
- d. (neu) die Gemeinden das Zutrittsrecht zu Wildeinstandgebieten im Rahmen der Verhältnismässigkeit örtlich und zeitlich beschränken, wenn Störungen das orts- und jahreszeitübliche Mass übersteigen und so das Leben und Gedeihen von Wild, Pflanzen und Wald beeinträchtigen.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt Zulässigkeit und Bewilligungspflicht von Selbsthilfemassnahmen.

**Art. 4b**

*Aufgehoben.*

**Art. 6 Abs. 2 (neu)****Zuständigkeit Departement (Sachüberschrift geändert)**

<sup>2</sup> Es ernennt die Hegekommission und erlässt ein Hegereglement.

**Art. 7 Abs. 1**

<sup>1</sup> Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über:

- a. (geändert) den Jagdlehrgang und die Eignungsprüfung für Jäger;
- j. (neu) den zu erbringenden Nachweis der Treffsicherheit.
- i. *Aufgehoben.*

**Art. 8 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)**

<sup>2</sup> Die Leitung obliegt dem Vorsteher des für das Jagdwesen zuständigen Departements. Einsitz haben Vertretungen der Jägerschaft, der Wildhut, der Landwirtschaft, der für den Wald zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde, der Waldwirtschaft, des Naturschutzes und des Tierschutzes.

<sup>3</sup> Der Landrat regelt die Zusammensetzung der Jagdkommission im Einzelnen.

**Art. 9 Abs. 2 (aufgehoben)****Wildhut (Sachüberschrift geändert)**

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 11 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Übertretungen dieses Gesetzes und der gestützt darauf erlassenen Verordnungen, Beschlüsse und Verfügungen werden, soweit nicht die Strafbestimmungen des Bundes zur Anwendung kommen, mit Busse bestraft.

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Fischerei vom 4. Mai 1997****Art. 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt den Vollzug der Fischereigesetzgebung des Bundes und die Bewirtschaftung der kantonalen Fischgewässer.

- a. *Aufgehoben.*
- b. *Aufgehoben.*
- c. *Aufgehoben.*
- d. *Aufgehoben.*
- e. *Aufgehoben.*

**Art. 2 Abs. 1 (aufgehoben), 3 (aufgehoben)****Rechtsgrundlagen und Geltungsbereich (Sachüberschrift geändert)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 4 Abs. 2**

<sup>2</sup> Er regelt insbesondere:

- c. *Aufgehoben.*

**Art. 6 Abs. 1**

<sup>1</sup> Dem zuständigen Departement obliegt insbesondere:

- d. *(geändert)* die Anordnung zur Grundlagenbeschaffung über die Zusammensetzung der Fisch- und Krebsbestände;
- e. *(neu)* die Regelung von Besatzmassnahmen;
- f. *(neu)* die Fischereiausbildung.

**Art. 6a Abs. 1**

<sup>1</sup> Der vom Regierungsrat bezeichneten kantonalen Fischereibehörde obliegt insbesondere:

- c. *(geändert)* die Information der Bevölkerung über Fische und Krebse sowie ihrer Lebensräume.

**Art. 7**

*Aufgehoben.*

**Art. 12 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Das Recht zur Ausübung der Fischerei in allen übrigen öffentlichen Gewässern wird mit dem Bezug eines Fischereipatentes erworben.

**Art. 16**

*Aufgehoben.*

**Art. 17 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Wer den Fisch- oder Krebsfang ausübt, hat seine Fangergebnisse nach den Angaben der Fischereibehörde festzuhalten; ausgenommen hiervon ist lediglich die Freiangelfischerei.

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 19 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Besatzmassnahmen dürfen im Interesse der natürlichen Artenvielfalt und des Bestandes einheimischer Fische, Krebse und Fischnährtiere nur mit der Einwilligung der Fischereibehörde vorgenommen werden. Vorbehalten bleibt die Bewilligung des Bundes für das Einsetzen landes- oder standortfremder Fische und Krebse.

**Art. 20 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> Die kantonale Fischereibehörde ist ermächtigt, Sonderfänge in öffentlichen Gewässern auch ohne Einhaltung von Schonbestimmungen anzuordnen oder zu bewilligen.

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 26 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

<sup>1</sup> Übertretungen dieses Gesetzes und der gestützt darauf erlassenen Verordnung, Vorschriften, Beschlüsse und Verfügungen werden, soweit nicht die Strafbestimmungen des Bundes zur Anwendung kommen, mit Busse bestraft.

<sup>2</sup> Jede Verurteilung wegen Verletzung fischereirechtlicher Vorschriften ist der Fischereibehörde zu melden.

**Ziffer 35****GS VII A/2/1****Einführungsgesetz zum Geoinformationsgesetz vom 2. Mai 2010****Art. 16 Abs. 1**

<sup>1</sup> Dem Regierungsrat obliegt die Oberaufsicht über die amtliche Vermessung. Er ist zuständig für:

- c. (geändert) die Genehmigung von Bereinigung und technischen Festlegung von Kantons- und Gemeindegrenzen;

**Ziffer 36****GS VII B/1/1****Raumentwicklungs- und Baugesetz vom 2. Mai 2010****Art. 49 Abs. 3 (aufgehoben)**

<sup>3</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 54 Abs. 1a (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)**

<sup>1a</sup> Die Gemeinden scheiden den erforderlichen Gewässerraum im Zonenplan aus.

<sup>2</sup> Ist die Lage von Bauten und Anlagen nicht durch besondere gesetzliche Vorschriften bestimmt und muss kein Gewässerraum festgelegt werden, so gelten folgende Abstände:

- b. (geändert) ausserhalb der Bauzonen bei Seen, Linth und Sernf 30 m und ausserhalb der Bauzonen bei den übrigen Gewässern mindestens 10 m.

<sup>3</sup> Die Gemeinden können aus besonderen Gründen mit einer Baulinie andere als die in Absatz 2 aufgeführten Abstände vorsehen. Solche Baulinien bedürfen der Genehmigung durch die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat erlässt Richtlinien zur Ausscheidung des Gewässerraums.

**Art. 71 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Den Anstössern wird die Auflage schriftlich mitgeteilt. Anstösser im Sinne dieser Vorschrift sind Grundeigentümer, deren Grundstück nicht mehr als 30 m von der geplanten Baute oder Anlage entfernt ist.

**Art. 80 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)**

<sup>1</sup> Wer Bauten oder Anlagen ohne Bewilligung oder unter Verletzung einer solchen erstellt, wer geschützte Naturobjekte und Heimatschutzobjekte ohne Bewilligung oder unter Verletzung von Vorschriften beseitigt, wer sonst wie diesem Gesetz, den gestützt darauf erlassenen Vorschriften, Verfügungen und Entscheiden zuwiderhandelt, wird mit einer Busse bis zu 30000 Franken bestraft.

<sup>2</sup> Straffbar ist die vorsätzliche oder fahrlässige Widerhandlung, begangen durch Bauherren, Eigentümer, sonstige Berechtigte, Projektverfasser, Unternehmer und Bauleiter.

<sup>3</sup> Erfolgt die Widerhandlung aus Gewinnsucht, so ist das Gericht an den Höchstbetrag der Busse nicht gebunden.

<sup>4</sup> An Stelle einer juristischen Person oder einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft sind die natürlichen Personen strafbar, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen. Können diese nicht ohne unverhältnismässigen Untersuchungsaufwand festgestellt werden, wird die juristische Person oder die Gesellschaft zur Bezahlung der Busse verurteilt.

<sup>5</sup> Die Verfolgungsverjährung beträgt 5 Jahre.

**Ziffer 37****GS VII B/531/1****Beschluss über Verwertung von Wasserkraften im Kanton Glarus vom 5. Mai 1918****Art. 4a**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 38****GS VII D/11/3****Gesetz über die Verwendung von Motorfahrzeugen ausserhalb der öffentlichen Strassen und Wege vom 12. Mai 1974****Art. 8 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

**Art. 9 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die in einer Bewilligung enthaltenen Auflagen werden mit Busse bestraft, sofern nicht der Tatbestand einer mit höherer Strafe bedrohten Handlung vorliegt. Vorbehalten bleiben ferner die Strafbestimmungen des Bundes.

**Ziffer 39****GS VII D/4/1****Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 4. Mai 1980****Art. 9 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz und die gestützt darauf erlassenen Verordnungen, Beschlüsse und Verfügungen werden mit Busse bestraft, soweit nicht die Strafbestimmungen des Bundes oder interkantonaies Recht zur Anwendung gelangen.

**Art. 10 Abs. 1 (geändert), Abs. 1a (neu)**

<sup>1</sup> Der Rechtsschutz gegen Verfügungen im Anwendungsbereich dieses Gesetzes richtet sich unter Vorbehalt der nachfolgenden Abweichungen nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz<sup>2)</sup>.

<sup>1a</sup> Gegen Verfügungen über die Beschränkung oder das Verbot der freien Schiffbarkeit von Gewässern kann innert 30 Tagen Einsprache bei der verfügenden Behörde erhoben werden.

**Ziffer 40****GS VII D/43/1****Gesetz über die Besteuerung der Wasserfahrzeuge vom 1. Mai 1977****Art. 2 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Der Steuer unterliegen Fahrzeuge, für deren Inverkehrsetzung eine Betriebsbewilligung (Schiffsausweis) des Kantons Glarus erforderlich ist, und die

- a. (geändert) im Kanton Glarus ihren Standort haben, oder
- b. (geändert) die ihren Standort in einem anderen Kanton haben und länger als einen Monat auf den schiffbaren Gewässern des Kantons Glarus in Verkehr gesetzt werden (Wanderboote).
- c. *Aufgehoben.*

**Art. 11 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Widerhandlungen gegen Bestimmungen dieses Gesetzes oder der Vollzugsbestimmungen werden mit Busse bestraft.

**Art. 12 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

**Ziffer 41****GS VIII D/111/1****Gesetz über die Aufhebung der Staatlichen Alters- und Invalidenversicherung für den Kanton Glarus vom 4. Mai 1997.**

*Aufgehoben.*

---

<sup>2)</sup> [GS III G/1](#)

**Ziffer 42****GS VIII D/112/1**

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 1. Mai 2011**

**Art. 7**

***Direktion und Geschäftsleitung (Sachüberschrift geändert)***

**Ziffer 43****GS VIII D/22/1**

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 3. Mai 2009**

**Art. 2 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der Verwaltungsgerichtspräsident ernennt fallweise die jeweiligen Mitglieder des Schiedsgerichts auf Vorschlag der Parteien und bezeichnet den Sekretär. Die Entschädigung der Schiedsrichter richtet sich nach der Lohnverordnung.

**Ziffer 44****GS VIII D/3/1**

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Militärversicherung vom 1. Mai 2005**

**Art. 2 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der Verwaltungsgerichtspräsident ernennt fallweise die jeweiligen Mitglieder des Schiedsgerichts auf Vorschlag der Parteien und bezeichnet den Sekretär. Die Entschädigung der Schiedsrichter richtet sich nach der Lohnverordnung.

**Ziffer 45****GS VIII D/5/1**

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Familienzulagen vom 4. Mai 2008**

**Art. 7**

*Aufgehoben.*

**Art. 17**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 46****GS VIII D/6/1**

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 7. Mai 1995**

**Art. 14 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Kautions für die Bewilligung zum Personalverleih ist bei einer Bank oder Versicherung zu hinterlegen.

<sup>2</sup> Die Bank oder Versicherung darf die Kautions nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes herausgeben.

**Ziffer 47****GS VIII D/6/4****Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 6. Mai 1984****Art. 3b Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die tripartite Kommission berät das regionale Arbeitsvermittlungszentrum im Sinne von Artikel 85d des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Ihre Tätigkeit hat insbesondere zum Ziel, das Arbeitsvermittlungszentrum in seiner Tätigkeit zu unterstützen.

**Ziffer 48****GS VIII D/7/1****Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern vom ... Mai 2014 (neu)****1. Allgemeine Bestimmungen****Art. 1 Grundsatz**

<sup>1</sup> Der Kanton Glarus gewährt einem erziehenden Elternteil bei der Geburt eines Kindes während einer bestimmten Zeit Erwerbsersatzleistungen, sofern dieser einer solchen Hilfe bedarf.

**Art. 2 Anspruchsberechtigung**

<sup>1</sup> Ein im Kanton Glarus seit mindestens einem Jahr wohnhafter Elternteil, der sein Kind nach der Geburt betreut, hat Anspruch auf Erwerbsersatzleistungen im Sinne dieses Gesetzes, sofern

- a. er nach der Geburt des Kindes aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen wäre, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und
- b. das Einkommen das 1,5fache des allgemeinen Lebensbedarfs für Alleinstehende oder für Ehepaare oder für Personen in eingetragener Partnerschaft bzw. zusammenlebende Eltern gemäss Artikel 10 Absatz 1 Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung nicht übersteigt.

<sup>2</sup> Diese Grenzen erhöhen sich vom zweiten Kind an um 1/8 des 1,5fachen allgemeinen Lebensbedarfs für Alleinstehende.

<sup>3</sup> Es besteht kein Anspruch, wenn das gesamte Reinvermögen eines Elternteils 40'000 Franken oder der Eltern 60'000 Franken übersteigt.

**2. Anspruch auf Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern****Art. 3 Beginn und Dauer des Anspruchs**

<sup>1</sup> Der Anspruch beginnt bei der Geburt des Kindes und dauert ein Jahr.

**Art. 4 Berechnung des Anspruchs**

<sup>1</sup> Die Erwerbsersatzleistungen entsprechen der Differenz zwischen dem anrechenbaren Einkommen und der Einkommensgrenze gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe

b.

<sup>2</sup> Vom Vermögen wird ein angemessener Teil dem Einkommen zugerechnet.

**Art. 5 Anrechenbares Einkommen**

<sup>1</sup> Als Einkommen werden angerechnet das Nettoeinkommen aus Erwerb (Bar- und Naturalleistungen), Einkünfte aus beweglichem oder unbeweglichem Vermögen (Kapitalerträge), Kinder-, Geburts- und andere Zulagen, Unterhaltsbeiträge, Stipendien, Leistungen von Versicherungen, Erträge aus Kindsvermögen und alle übrigen Einkommensteile.

**Art. 6 Abzug vom anrechenbaren Einkommen**

<sup>1</sup> Vom anrechenbaren Einkommen können nachweislich geleistete familienrechtliche Unterhaltsbeiträge an Kinder abgezogen werden.

**Art. 7 Teilzeitarbeit der Eltern**

<sup>1</sup> Teilzeitarbeit beider Elternteile wird nur dann berücksichtigt, wenn beide daneben und nicht gleichzeitig das Kind betreuen. Betreuen beide Elternteile das Kind, muss ihr gesamtes Arbeitspensum mindestens 100 Prozent betragen; andernfalls wird das höhere Einkommen entsprechend aufgerechnet. Üben beide Elternteile ein Teilpensum aus, gilt als betreuender Elternteil, wer das kleinere branchenübliche Arbeitspensum ausweist.

<sup>2</sup> Verzichtet ein nicht mit der Pflege des Kindes betrauter Elternteil ohne zwingende Gründe auf ein ganzes Arbeitspensum, wird das Erwerbseinkommen auf ein ganzes Pensum aufgerechnet.

**Art. 8 Anrechenbares Vermögen, Vermögensgrenze**

<sup>1</sup> Von dem 20'000 Franken bei alleinstehenden oder 30'000 Franken bei verheirateten oder zusammenlebenden Elternteilen oder Personen in eingetragener Partnerschaft übersteigenden Bruttovermögen wird 1/15 des nach Abzug der Schulden verbleibenden Vermögens zum anrechenbaren Einkommen hinzugerechnet.

**3. Gemeinsame Bestimmungen****Art. 9 Erlöschen des Anspruchs**

<sup>1</sup> Der Anspruch erlischt, wenn der Elternteil, der das Kind betreut, innerhalb dieses Jahres eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, welche die Hälfte eines vollen Arbeitspensums übersteigt.

**Art. 10 Anpassung an veränderte Verhältnisse**

<sup>1</sup> Ändern sich die Verhältnisse des berechtigten Elternteils während der Bezugsdauer, sind die Berechnungsgrundlagen den Leistungen entsprechend anzupassen.

<sup>2</sup> Der berechtigte Elternteil hat wesentliche Veränderungen der Verhältnisse, insbesondere des Einkommens und Vermögens, bei der Ausgleichskasse Glarus sofort zu melden.

**Art. 11 Auszahlungsmodus**

<sup>1</sup> Die Erwerbsersatzleistungen werden in der Regel einmal monatlich ausbezahlt.

**Art. 12 Nachforderung**

<sup>1</sup> Die nicht bezogenen Erwerbsersatzleistungen können innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt geltend gemacht bzw. nachgefordert werden.

**Art. 13 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Erwerbsersatzleistungen**

<sup>1</sup> Wer Erwerbsersatzleistungen bezogen hat, auf die kein oder nur ein geringerer Anspruch bestand, hat den zu Unrecht bezogenen Betrag zurückzuerstatten.

<sup>2</sup> Wer Leistungen in gutem Glauben bezogen hat, muss sie nicht zurück erstatten, wenn eine grosse Härte vorliegt.

**Art. 14 Verjährung des Rückforderungsanspruchs**

<sup>1</sup> Der Rückforderungsanspruch verjährt nach einem Jahr seit Kenntnis, spätestens aber fünf Jahre nach der einzelnen Auszahlung.

<sup>2</sup> Bei nachgewiesenen strafbaren Handlungen gelten die allenfalls im Strafrecht vorgesehenen längeren Verjährungsfristen.

**4. Organisation****Art. 15 Zuständigkeit**

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Erwerbsersatzleistungen ist bei der Ausgleichskasse Glarus geltend zu machen. Diese ist für den Erlass der Verfügungen und die Auszahlung der Erwerbsersatzleistungen zuständig.

**Art. 16 Aufsicht**

<sup>1</sup> Die Aufsicht obliegt der Aufsichtskommission der Ausgleichskasse Glarus, die Oberaufsicht dem Regierungsrat.

**5. Finanzierung****Art. 17 Finanzierung**

<sup>1</sup> Die Finanzierung der Erwerbsersatzleistungen erfolgt durch den kantonalen Fonds der Arbeitslosenfürsorge sowie dessen Zinsen und, wenn notwendig, durch einen jährlichen paritätischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag aller im Kanton Glarus tätigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber von gesamthaft mindestens 0,3 Promille und höchstens 2 Promille der AHV-beitragsberechtigten Lohnsumme.

<sup>2</sup> Als Arbeitgeber gelten alle natürlichen und juristischen Personen, die im Kanton Glarus Wohn- oder Geschäftssitz haben, eine Zweigniederlassung oder Betriebsstätte unterhalten und Löhne an dauernd oder vorübergehend tätige Arbeitnehmer ausrichten.

<sup>3</sup> Die Höhe des Beitrages wird vom Regierungsrat festgesetzt.

**6. Rechtsschutzbestimmungen****Art. 18 Rechtsmittel**

<sup>1</sup> Gegen Verfügungen der Ausgleichskasse Glarus kann innert 30 Tagen bei der Ausgleichskasse Glarus schriftlich Einsprache erhoben werden.

<sup>2</sup> Soweit die Bundesvorschriften keine abweichende Bestimmung enthalten, ist das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege anwendbar.

**7. Übrige Bestimmungen****Art. 19 Ergänzendes Recht und Verfahren**

<sup>1</sup> Soweit dieses Gesetz, andere kantonale Gesetze und Vollzugsvorschriften des Regierungsrates keine Regelung enthalten, finden die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung,

des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts als ergänzendes Recht entsprechend Anwendung.

**Art. 20 Aufhebung bisheriges Rechts**

<sup>1</sup> Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird das Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für einkommensschwache Eltern vom 5. Mai 1991 aufgehoben.

**Ziffer 49**

**GS VIII E/21/3**

**Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 7. Mai 1995**

**Art. 18**

*Aufgehoben.*

**Art. 23 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Für die Bemessung sind in der Regel die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe massgebend; über Ausnahmen entscheidet das Departement.

**Art. 28 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Bei Missachtung von Auflagen oder Weisungen können unter vorhergehender schriftlicher Androhung Unterstützungsleistungen gekürzt oder verweigert bzw. eingestellt werden.

**Art. 30 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Hilfesuchenden, die ihre Mitwirkungspflichten verletzen, kann nach erfolgloser Mahnung die wirtschaftliche Hilfe gekürzt oder verweigert bzw. eingestellt werden.

**Art. 39 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> 2 Der Regierungsrat gewährt anerkannten öffentlichen oder privaten Institutionen mit gemeinnützigem Charakter an Neubauten, wesentliche Erweiterungsbauten und Umbauten von Behinderteneinrichtungen Beiträge oder zinslose Darlehen. Sie betragen 55 Prozent der anerkannten Kosten, die nach Abzug allfälliger Dritteleistungen verbleiben.

**Art. 39b Abs. 2 (geändert)**

***Beiträge und Kostenbeteiligungen (Sachüberschrift geändert)***

<sup>2</sup> Soweit nicht die erwachsenen Menschen mit Behinderung oder Dritte die Kosten tragen, beteiligt sich der Kanton im Rahmen der Vereinbarungen mit anerkannten Einrichtungen und ambulanten Dienstleistungserbringern. An den Kosten einer ausserkantonalen Unterbringung beteiligt sich der Kanton soweit diese notwendig ist und er dem Eintritt vorgängig zustimmt.

**Art. 59 Abs. 4 (aufgehoben)**

<sup>4</sup> *Aufgehoben.*

Ziffer 50

GS VIII E/22/1

**Beschluss über die Ausrichtung von Beiträgen an die Kinderkrippen vom 5. Mai 1946****Art. 3 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der Beitrag wird ausgerichtet, wenn die Finanzierung der Krippe durch den Kantonsbeitrag und die in Artikel 2 erwähnten anderen Subventionen gesichert sowie durch die Zahl der betreuten Kinder begründet ist.

**Art. 4 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Der Beitrag kann davon abhängig gemacht werden, ob die Krippen nach den Richtlinien des Verbandes Kindertagesstätten der Schweiz (KiTaS) geführt werden.

Ziffer 51

GS IX A/4

**Gesetz über die Standortförderung vom 5. Mai 2013****Art. 9 Abs. 1 (aufgehoben)**

<sup>1</sup> *Aufgehoben.*

Ziffer 52

GS IX B/21/1

**Gesetz über die öffentlichen Ruhetage vom 6. Mai 2012****Art. 11**

*Aufgehoben.*

Ziffer 53

GS IX B/22/1

**Gesetz über das Gastgewerbe und den Kleinhandel mit gebrannten Wassern vom 3. Mai 1998****Art. 7 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Er holt vor der Erteilung die Stellungnahmen der Glarnersach sowie der für die Lebensmittelkontrolle und der Gesundheitsförderung und Prävention zuständigen Verwaltungsbehörde ein.

Ziffer 54

GS IX B/24/1

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten vom 6. Mai 2012****Art. 28 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

<sup>1</sup> Der Sportfonds wird von der Sportkommission betreut; diese stellt dem Regierungsrat Antrag über die Verwendung der Fondsmittel.

<sup>3</sup> Für das Verfahren der Beitragsgewährung und die Beitragsverwendung kommen die Bestimmungen im Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport ergänzend zur Anwendung.

**Ziffer 55**

GS IX B/25/1

**Gesetz über die Handels- und Gewerbetätigkeiten vom 5. Mai 2013****Art. 5 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Gemeinden sind zuständig für das Marktwesen. Sie beaufsichtigen dieses und legen bei der Ansetzung von Märkten insbesondere fest:  
c. *Aufgehoben.*

**Art. 7 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

<sup>1</sup> Die zuständige kantonale Behörde entscheidet über die Bewilligungen für Reisende sowie für Schausteller- und Zirkusbetriebe.

<sup>2</sup> Die Gemeinden überwachen bei Schausteller- und Zirkusbetrieben neben der Einhaltung der baupolizeilichen Vorschriften beim Aufstellen der Anlagen insbesondere, ob die Betriebe im Besitz der notwendigen Betriebsbewilligungen sind und nur die von der Betriebsbewilligung erfassten Anlagen eingesetzt werden.

<sup>3</sup> Die Schausteller- und Zirkusbetriebe sind verpflichtet, die Aufnahme ihrer Tätigkeit bzw. die Öffnung für das Publikum vorgängig den Gemeinden zu melden.

**Art. 11 Abs. 2 (geändert)**

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann die Vollzugsaufgaben ganz oder teilweise einer kantonalen Fachkommission, einem interkantonalen Organ oder einem anderen Kanton übertragen.

**Art. 16 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Der Regierungsrat kann Empfehlungen von anerkannten Fachinstanzen und Selbstregulierungsmassnahmen der Branche betreffend den Jugendschutz bei Filmvorführungen für allgemeinverbindlich erklären und bei Bedarf weitere Einschränkungen vorsehen. Er regelt die Veröffentlichung und Kontrolle des Zutrittsalters.

**Art. 17**

*Aufgehoben.*

**Art. 22**

*Aufgehoben.*

**Art. 23**

*Aufgehoben.*

**Art. 25**

*Aufgehoben.*

**Ziffer 56**

GS IX E/1/1

**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald vom 7. Mai 1995****Art. 1 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz ergänzt die Waldgesetzgebung des Bundes und regelt deren Vollzug.

**Art. 7 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 4 (geändert)**<sup>1</sup> *Aufgehoben.*<sup>4</sup> Wer ein schutzwürdiges Interesse nachweist, kann innerhalb der Auflagefrist bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde Einsprache erheben, welche darüber entscheidet.**Art. 8 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Für die Erteilung der Baubewilligung für Bauten und Anlagen im Wald ist die Bewilligung der zuständigen Verwaltungsbehörde erforderlich.**Art. 9 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Bei der Revision von Nutzungsplänen gemäss kantonalem Raumentwicklungs- und Baugesetz ist ein Waldfeststellungsverfahren durchzuführen, wo Bauzonen an den Wald grenzen oder in Zukunft daran grenzen sollen.**Art. 23a (neu)*****Veräusserung und Teilung von Wald***<sup>1</sup> Die Veräusserung von Wald im Eigentum von Gemeinden und Korporationen und die Teilung von Wald bedürfen der Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde.**Art. 37 Abs. 1 (geändert)**<sup>1</sup> Mit Busse bis zu 20'000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich:  
*Aufzählung unverändert.***Art. 40 Abs. 2 (geändert)**<sup>2</sup> Der Regierungsrat ordnet das Waldgebiet einem oder mehreren geographisch zusammenhängenden Forstkreisen zu. Dem Kantonsoberförster oder der Kantonsoberförsterin kann ebenfalls ein Forstkreis zugeteilt werden.**Ziffer 57: Anpassung von Begriffen***In allen betroffenen innerkantonalen Erlassen „Voranschlag“ durch „Budget“, „Staatsrechnung“ durch „Jahresrechnung“ und „laufende Rechnung“ durch „Erfolgsrechnung“ ersetzen.***II.**

Die Staatskanzlei wird ermächtigt, offensichtliche Versehen bei der Abfassung der vorgelegten Rechtsänderungen zu korrigieren. Sie erstattet über allfällig vorgenommene Korrekturen der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission Bericht.

**III.**

Diese Änderungen treten grundsätzlich am 1. September 2014 in Kraft.

Soweit Änderungen der Genehmigung des Bundes bedürfen, treten sie mit dieser Genehmigung in Kraft.

Den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Publikationsgesetzes sowie der Aufhebung des Gesetzes über die Neuherausgabe einer Sammlung des glarnerischen Rechts bestimmt der Regierungsrat.